

Inhaltsverzeichnis

1. Stéphane Beemelmans	
2. Seitenwechsler im Überblick	
3. Seitenwechsel	
4. ÖPP Deutschland AG	
5. Public Private Partnership	
6. EUTOP	

Stéphane Beemelmans

Seitenwechsel



- [Seitenwechselliste](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Stéphane Beemelmans (* 20. September 1965 in Toulouse) wechselt im November 2016 zur **ÖPP Deutschland AG**, welche für Privatisierungen im Rahmen von **Public Private Partnership** (PPP) lobbyiert. Zuvor war Beemelmans Geschäftsführer der Lobby-Agentur **EUTOP Berlin**. Und davor war er Beamteter Staatssekretär im **Bundesverteidigungsministerium**. Er gilt als enger Vertrauter von Ex-Bundesinnenminister **Thomas de Maizière**.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Verbindungen / Netzwerke	3
3 Wirken	3
3.1 2014: Ausgleichzahlung Eurofighter	3
3.2 2013: Eurohawk Affäre	3
4 Kritik	4
5 Zitate	4
6 Weiterführende Informationen	4
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
8 Einzelnachweise	4

Karriere

- ab 11/2016 **ÖPP Deutschland AG**, Vorstand^[1]
- 12/2014-2016 Geschäftsführer bei der Lobby-Agentur **EUTOP Berlin**
- 2011-2014 **Beamteter Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium**
- 2009-2011 Abteilungsleiter der Abteilung Grundsatzfragen; EU- und internationale Angelegenheiten; Neue Bundesländer des **Bundesinnenministerium**
- 2005-2009 Büroleiter des Chefs des **Bundeskanzleramt**
- 07-11/2005 Leitungsbüro im Innenministerium Sachsens
- 2003-2005 Direktor des Staatsbetriebes staatliche Schlösser, Burgen und Gärten
- 2001-2002 Referatsleiter und Pressesprecher im Sächsischen Finanzministerium
- 1998-2001 persönlicher Referent des damaligen Chefs der Sächsischen Staatskanzlei
- 1997-1998 Europareferent bei der Sächsischen Landesvertretung beim Bund
- 1994-1997 Referent beim Sächsischen Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie

- 1983-1989 Studium der Rechtswissenschaften in Bonn

Verbindungen / Netzwerke

Stéphane Beemelmans war lange Zeit ein enger Mitarbeiter des aktuellen Bundesinnenministers **Thomas de Maizière**. Die berufliche Verbindung entstand in den 1990er Jahren, als de Maizière Leiter der Sächsischen Staatskanzlei und Beemelmans sein persönlicher Referent war. Von 2005 bis 2009 leitete Beemelmans das Büro des damaligen Kanzleramtschefs de Maizière. Während seiner ersten Amtszeit als Bundesinnenminister berief de Maizière Beemelmans zum Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium. 2011 holte er ihn als Beamteten Staatssekretär ins Verteidigungsministerium.^[2]

Nach dem Wechsel von **Ursula von der Leyen** ins Verteidigungsministerium wurde Beemelmans im Februar 2014 aus dem Amt des Staatssekretärs entlassen. Vorausgegangen war die Eurohawk-Affäre (siehe unten). Anschließend soll de Maizière versucht haben ihm einen Posten in der Sächsischen Landesregierung zu vermitteln. Demnach habe er den sächsischen Ministerpräsidenten **Stanislaw Tillich** gebeten, Beemelmans bei der Vergabe der Ämter zu berücksichtigen.^[3]

Wirken

2014: Ausgleichzahlung Eurofighter

Im Februar 2014 geriet Beemelmans erneut in die Kritik. Gemeinsam mit dem Staatssekretär Rüdiger Wolf genehmigte er Ende Dezember 2013 eine Ausgleichszahlung an den Turbinenhersteller MTU in Höhe von 55 Millionen Euro für die Reduzierung der Eurofighter-Bestellungen. Laut den Haushaltsregeln muss das Ministerium jede Einzelausgabe von mehr als 25 Millionen Euro vom Haushaltsausschuss genehmigen lassen. Nach der Bundestagswahl war dieser zwar noch nicht wieder eingesetzt, jedoch hätte im Vorfeld der Zahlung eine Benachrichtigung des übergangsweise eingesetzten Hauptausschusses erfolgen müssen. Als Konsequenz wurde Beemelmans im Februar 2014 von der neuen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen entlassen.^[4]

2013: Eurohawk Affäre

Im Frühjahr 2013 wurde die Euro-Hawk-Affäre publik. Die Drohne verfügte über kein für den zivilen Luftverkehr zertifiziertes automatisches Antikollisionssystem. Daher wollte die Flugsicherheitsbehörde der EU sie nur für den Flug über unbewohnte Gebiete zertifizieren. Da der nachträgliche Einbau eines solchen Systems sehr teuer geworden wäre, wurde das Projekt im Mai 2013 vom damaligen Bundesverteidigungsminister de Maizière eingestellt. Anschließend setzte der Bundestag einen Untersuchungsausschuss ein. Stéphane Beemelmans übernahm die Verantwortung für die mangelnde Information de Maizières, der nach eigenen Angaben erst im Mai 2013 vom ganzen Ausmaß der Probleme erfuhr. Beemelmans bestätigte den Minister erst am 13. Mai 2013 informiert zu haben^[5]. Die Opposition warf de Maizière vor, schon früher vom Scheitern des 668 Millionen teuren Projekts gewusst zu haben. Beemelmans sei demnach lediglich ein Bauernopfer des Ministers gewesen. Der Untersuchungsausschuss konnte de Maizière jedoch nichts vergleichbares nachweisen^[6].

Kritik

Mit dem Top-Beamten Stéphane Beemelmans wechselt ein echter Insider mit besten Kontakten nach Berlin in eine Lobbytätigkeit. Laut Bundesbeamtengesetz ist ein Beamter dazu verpflichtet, neue Tätigkeiten dem bisherigen Dienstherrn 5 Jahre lang zu melden. Werden dienstliche Interessen beeinträchtigt, ist "die Erwerbstätigkeit oder sonstige Beschäftigung [...] zu untersagen".^[7] Das im Fall Beemelmans zumindest ein potentieller Interessenkonflikt besteht, kann kaum ernsthaft bezweifelt werden. Als ehemaliger hochrangiger Beamter kennt er sowohl die internen Prozesse des Regierungsapparats, als auch die zentralen Akteure. Damit ist er für EUTOP ein besonders guter Türöffner für politische Entscheidungsprozesse.^[3]

Eigentlich bietet das Bundesbeamtengesetz eine Handhabe gegen eben solche Seitenwechsel in Lobbyjobs. Angesichts des offensichtlichen Interessenkonflikts stellt sich die Frage, warum das **Bundesverteidigungsministerium** den Wechsel Beemelmans nicht untersagte. Mit Hinweis auf den Persönlichkeitsschutz verweigert das Ministerium jedoch die Auskunft den Umgang mit dem Seitenwechsel Beemelmans.^[8]

Gerade das Bundesverteidigungsministerium musste besonders häufig entscheiden, ob es Anschluss Tätigkeiten seiner ehemaligen Mitarbeiter genehmigt. In den Jahren 2010 bis 2013 prüfte das Ministerium 38 Anträge auf Genehmigung von Anschlussbeschäftigungen - mehr als jedes andere Ministerium. Bislang ist nur ein Fall bekannt, bei dem es einen Seitenwechsel untersagt hat.^[2]

Zitate

"Für seine mangelnde Information trage ich die Verantwortung. Ich habe ihn informiert, so wie ich es für nötig hielt. Ich habe erfahren, dass er mehr für nötig hielt. (...) Ich sehe auch in der Rückschau keinerlei Holschuld des Ministers. (...) Er ist mein Chef. Wenn er sagt, dass er mehr erwartet von mir (...) dann muss ich die Kritik annehmen und Besserung geloben."

Beemelmans vor dem Untersuchungsausschuss zur Euro-Hawk Affäre

Weiterführende Informationen

- [Bundesbeamtengesetz § 105](#), abgerufen am 09.01.2015.
- [Ulrich Müller: Verteidigungsministerium soll Lobbyjob von Ex-Staatssekretär untersagen](#), LobbyControl vom 01.12.2014, abgerufen am 08.01.2015.
- [Bericht des Euro-Hawk Untersuchungsausschusses](#), abgerufen am 09.01.2015.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. [↑ Beemelmans wird neuer Vorstand der ÖPP Deutschland P&K](#), abgerufen am 24.09.2016

2. ↑ ^{2,02,1} Ulrich Müller: Verteidigungsministerium soll Lobbyjob von Ex-Staatssekretär untersagen, LobbyControl vom 01.12.2014, abgerufen am 08.01.2015.
3. ↑ ^{3,03,1} Martin Rehyer: Pikanter Seitenwechsel, abgeordnetenwatch.de vom 25.11.2014, abgerufen am 07.01.15.
4. ↑ Von der Leyen entlässt Staatssekretär Beemelmans, faz.net vom 20.02.2014, abgerufen am 08.01.15
5. ↑ Euro-Hawk-Affäre: Staatssekretär übernimmt Verantwortung, wiwo.de vom 30.07.2013, abgerufen am 08.01.2015.
6. ↑ Hans-Martin Tillack: De Maizière 2012 über Drohne informiert, stern.de vom 31.07.2013, abgerufen am 08.01.2015.
7. ↑ Bundesbeamtenengesetz § 105, abgerufen am 09.01.15
8. ↑ Martin Reyher: Wurde ein früherer Staatssekretär mit dem Segen des Verteidigungsministerium Chef einer Lobbyagentur?, abgeordnetenwatch.de vom 01.12.2014, abgerufen am 08.01.2015

Seitenwechsler im Überblick

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsler in Deutschland im Überblick](#)

Seitenwechsel

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsel und Karenzzeiten \(Überblick\)](#)

ÖPP Deutschland AG

Weiterleitung nach:

- [PD - Berater der öffentlichen Hand](#)

Public Private Partnership

Public-Private Partnership (PPP), eingedeutscht auch **öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP)** genannt, bezeichnen Modelle der Einbeziehung privater Wirtschaftssubjekte bei der Erledigung öffentlicher Aufgaben. Eine einheitliche, allgemein akzeptierte Definition von PPP existiert zur Zeit nicht.

Der Ökonom Holger Mühlkamp vermutet in dieser begrifflichen Unschärfe einen Grund für die weit verbreitete Verwendung des Begriffes, denn diese ermöglicht vielfältige Einsatzmöglichkeiten. Zudem vermittele der Begriff eine positive Botschaft. "Gemeinsames Interesse und kooperative Umgangsformen zwischen öffentlichen und privaten Partnern zum Vorteil aller". Hauptsächlich wird in der offiziellen Argumentation für PPP die Intention angeführt, dass PPP zu einer effizienteren Erfüllung öffentlicher Aufgaben führen soll, womit Steuerzahler und die öffentliche Hand entlastet würden.^[1]

Inhaltsverzeichnis

1 Unterscheidungen	6
1.1 Die drei grundlegenden Typen	6
2 Praxisbeispiele von ÖPP	6
2.1 2007-2013 Arvato in Würzburg	6
2.2 2007-2016 Elbphilharmonie	7
2.3 Weitere Beispiele	7
3 Ergebnisse der Rechnungshöfe	7
4 PPP-Akteure	8
4.1 Politiker als Verfechter von PPP	8
5 Kritik	8
6 Mehr über Public-Private Partnership	9
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
8 Einzelnachweise	9

Unterscheidungen

Die drei grundlegenden Typen

- Private können an einzelnen Stellen eines mehrstufigen oder mehrteiligen Produktions- und Absatzprozesses öffentlicher Leistungen eingesetzt werden
- Öffentliche Aufgaben werden vollständig, d.h. über alle Produktionsstufen bzw. -prozesse, in die Hände von privaten gegeben
- Öffentliche Hand und Private arbeiten auf einzelnen oder allen Produktions- bzw. Prozessstufen zusammen

Quelle:^[1]

Praxisbeispiele von ÖPP

2007-2013 Arvato in Würzburg

Die Bertelsmann-Tochter **Arvato direct services GmbH** und die Stadt Würzburg haben im Mai 2007 das Projekt »Würzburg integriert!« vereinbart. Arvato sollte eine zentrale eGovernment-Plattform entwickeln, über die alle Verwaltungsakte mit den Bürgern digital getätigt werden: Kfz- und Einwohneranmeldung, Parkscheine, Geburts- und Ehedokumente, Hundesteuer, Fundbüro, Führerscheinfragen, Registrierung neuer Unternehmen. Damit sollten die amtlichen Vorgänge effizienter werden. Ziel war die Einsparung von 75 Arbeitsplätzen innerhalb von 10 Jahren.

Arvato finanzierte das Projekt vor und sollte nur ergebnisabhängig bezahlt werden. Schon 2008 stockte das

Ganze, 2010 war es praktisch beendet. Absehbare Probleme des Projekt waren: Nicht alle Bürger haben einen Internetanschluß. Sicherheitslücken beim Zugang und innerhalb der Verwaltung. Außerdem hatten die städtischen Beschäftigten keine Lust, beim Abbau ihrer Arbeitsplätze selbst mitzuwirken.

Arvato kündigte und forderte 4,58 Millionen Euro Schadenersatz. Es folgte das bei ÖPP-Projekten übliche Verfahren: Wie im geheimen Vertragstext vereinbart, dürfen die Vertragspartner bei Streitigkeiten zunächst nicht vor ein öffentliches Gericht gehen, sondern bilden ein privates Schiedsgericht, das ebenfalls geheim tagt. Hier einigte man sich auf einen Berliner Rechtsanwalt als privaten Schlichter. Schließlich kam Ende September 2013 der außergerichtliche Vergleich zustande. Ergebnis: Die Kommune verzichtete auf ihre Forderungen und zahlt an Arvato 535500 Euro. Damit wird das Projekt endgültig beendet. ^[2]

2007-2016 Elbphilharmonie

Im Juli 2005 wurden die Kosten für den Bau der Hamburger Elbphilharmonie erstmals vorgestellt. Die ÖPP aus der Stadt Hamburg und dem Baukonzern Hochtief sah eine Beteiligung von 77 Millionen Euro durch die öffentliche Hand vor. Ende 2016 war das Gebäude dann fertiggestellt und für Besucher freigegeben, 7 Jahre später als gedacht und geplagt von etlichen Skandalen rund um die Zusammenarbeit zwischen Hochtief, der Stadt und den beiden Architekten. Die Kosten stiegen bis dahin auf 789 Millionen Euro an - für die öffentliche Hand. Mit Gesamtkosten von 866 Millionen Euro ist die Elbphilharmonie das zwölft teuerste Gebäude der Welt, vor allem zulasten der Steuerzahler. ^[3]

Weitere Beispiele

- [Infrastrukturgesellschaft Verkehr](#) (in Planung)
- Ausbau der Autobahn A1 zwischen Hamburg und Bremen
- Ausbau der Autobahn A7 zwischen Hannover und Kassel
- LKW-Autobahnmautsystems [Toll Collect](#)
- Justizvollzugsanstalt JVA Hünfeld
- Universitätsklinikum Gießen und Marburg

Ergebnisse der Rechnungshöfe

Die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder veröffentlichten im September 2011 ein gemeinsamen Bericht zu öffentlich-private Partnerschaften. ^[4] Darin stellten sie fest, dass die dort untersuchten Projekte im Gesamtwert von 3,2 Mrd. Euro sich als eher nachteilig für die öffentlichen Auftraggeber erwiesen. Der Bericht enthält die Forderung, dass die öffentliche Hand Vorhaben, die sie sich aus eigenen Mitteln nicht leisten kann, auch nicht alternativ im Rahmen einer ÖPP finanzieren darf. ^[5]

Im Juni 2014 kam der Bundesrechnungshof zum Ergebnis, dass privat gebaute Autobahnen erheblich teurer seien, als eine öffentliche Finanzierung. Die Rechnungsprüfer haben die, bis dahin, sechs im Rahmen der ÖPP realisierten Projekte untersucht. Infolgedessen habe sich bei allein fünf Projekten gezeigt, dass diese um „1,9 Milliarden Euro teurer sind, als eine konventionelle Realisierung“ aus öffentlichen Geldern. Beispielsweise sei das ÖPP-Projekt zum Ausbau der A1 um 28 Prozent teurer als vorab einkalkuliert. Laut Berechnungen im Vorfeld, hätte der Ausbau ganze 40 Prozent günstiger sein müssen, als die öffentliche Variante. Ein Grund für diese Kostenexplosion seien die Finanzierungskosten, welche für Unternehmen -mit Blick auf die höheren Zinsen- deutlich teurer seien, als für den Bund. ^[6]

PPP-Akteure

Ein großes Eigeninteresse an der Anbahnung von PPP-Projekten haben naturgemäß Unternehmensprüfer, Beraterfirmen und Anwaltskanzleien, da diese mit dem Abfassen von umfangreichen Vertragswerken viel Geld verdienen. PPP-Vertragswerke zeichnen sich i.d.R. dadurch aus, dass sie äußerst kompliziert und seitenstark sind und in ihren weitreichenden Konsequenzen von verantwortlichen Politikern wenn überhaupt nur mit erheblichen Aufwand überblickt werden können.

- Unternehmensprüfer: [Freshfields](#)
- PPP-Anbahnungsinstanzen: [ÖPP Deutschland AG](#)
- Interessenverbände: [Bundesverband Public Private Partnership \(BPPP\)](#)

Im August 2014 hat Bundeswirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) eine [Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland](#), zum Beispiel Verkehrswege oder kommunale Infrastruktureinrichtungen, eingesetzt. Augenscheinlich ist diese Kommission mit einer Mehrheit an Profiteuren an ÖPP besetzt.

Politiker als Verfechter von PPP

[Roland Koch](#): Der ehemalige hessische Ministerpräsident gilt als einer der stärksten Verfechter der Public Private Partnerships. Unter seiner Präsidentschaft entwickelte sich Hessen zu dem PPP-freundlichsten Bundesland überhaupt. Vor allem Kochs späterer Arbeitgeber, der zweitgrößte deutsche Baukonzern Bilfinger Berger, profitierte von seinen Bemühungen, PPP zu etablieren. Ein ehemaliger Bilfinger-Manager gab zwar an, Koch sei an Auftragsvergaben nie unmittelbar beteiligt gewesen, dennoch erhielt der Konzern zwischen 2002 und 2010 den Auftrag für 3 von insgesamt 16 ausgeschriebenen Vorhaben, darunter das bislang viertgrößte in Deutschland, das Justizzentrum in Wiesbaden für 128 Millionen Euro.^[7]

Von 2011 bis 2014 war Koch anschließend Vorstandsvorsitzender von Bilfinger-Berger, verließ den Konzern nach starken Gewinneinbrüchen seit Beginn seiner Beschäftigung einvernehmlich.^[8]

[Peer Steinbrück](#): Der frühere SPD-Spitzenpolitiker und Kanzlerkandidat half dabei, in Nordrhein-Westfalen PPP salonfähig zu machen. 2010 ließ er sich ein Interview zu PPP mit 7.000 Euro von Bilfinger Berger honorieren, die das Gespräch verschriftlichten und im eigenen Geschäftsbericht abdrucken ließen. Doch das ist kein Einzelfall: Steinbrück ließ sich zwischen 2010 und 2012 für insgesamt fast 100.000 Euro auch von weiteren Unternehmen der Branche buchen, darunter die Beraterfirmen [Freshfields Bruckhaus Deringer](#), Ernst & Young und [PricewaterhouseCoopers](#).^[9] Es gebe eine ganze Reihe "vorzeigbarer Projekte, mit denen sich nachweisen lässt, dass ÖPP eine Alternative ist, die durchaus stärker genutzt werden sollte", so Steinbrück in einem der Interviews.^[10]

Kritik

Teuer, ineffektiv und wettbewerbsverzerrend

Anlässlich des Urteils des Landgerichts Hannover zur Klage des privaten Autobahnbetreibers A1 Mobil vom 07.09.2018^[11] fordert der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes einen generellen Verzicht auf öffentlich-private Partnerschaften in Deutschland.^[12] Wie der Bundesrechnungshof bezeichnet er solche Geschäfte als teuer und ineffektiv. Nach Auffassung des Verbands schließen sie außerdem den heimischen Mittelstand aus und garantieren deshalb keinen ausreichenden Wettbewerb.

Verbriefung langfristiger PPP-Verträge

Werner Rügemer kritisiert, dass Banken langfristige PPP-Verträge verbrieften können. Mit den verbrieften PPP-Mieten können die Banken handelbare (spekulative) Wertpapiere machen. Damit käme eine aufgeblähter Finanzkreislauf in Gang:

"Die Bank I, die dem PPP-Investor den Kredit gegeben hat, verkauft die Mietforderungen an die Bank II, die dafür einen Kredit bei der Bank III aufnimmt; die Bank IV kann den verbrieften Kredit von der Bank II kaufen, indem sie bei der Bank V einen Kredit aufnimmt und so weiter - so dreht sich das riskante Karussell der privaten Geldschöpfung"^[13]

Geheimhaltung der Verträge

Immer wieder in der Kritik steht auch die Tatsache, dass alle Verträge von PPP-Projekten unter Geheimhaltung stehen. Zur Begründung dafür wird immer wieder das Geschäfts- und Betriebsgeheimnis der beteiligten Unternehmen angeführt. Die Geheimhaltung sei eine maßgebliche Voraussetzung, damit die privaten Unternehmen ihre Gewinninteressen gegenüber der öffentlichen Hand durchsetzen können.^[14]

Mehr über Public-Private Partnership

- [Website PPP-Irrweg \(attac\)](#)
- *Public Private Partnership: Die Plünderung des Staates*, Werner Rügemer in: junge Welt, 31. Januar 2010

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ ^{1,01,1} [Holger Mühlkamp, Public Private Partnership aus der Sicht der Transaktionskostenökonomik und der Neuen Politischen Ökonomie](#), in: Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft Herft 54, Baden-Baden 2006, S. 29-50
2. ↑ [Flop mit Signalwirkung](#) junge welt vom 17.10.2013, abgerufen am 22.10.2013
3. ↑ [Schön, teuer, fertig](#) FAZ vom 4. November 2016, abgerufen am 21.06.2017
4. ↑ [Gemeinsamer Erfahrungsbericht zur Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten](#) abgerufen am 02.02.2012
5. ↑ [PM des Rechnungshof Hamburg vom 22.11.2011](#) abgerufen am 03.02.2012
6. ↑ [Privater Autobahnbau lohnt sich nicht](#), handelsblatt.de vom 12.06.2014, abgerufen am 18.06.2014
7. ↑ [Wem nützt Roland Koch an der Spitze von Bilfinger Berger?](#) Wirtschaftswoche vom 09. November 2010, abgerufen am 21.06.2017
8. ↑ [Spektakulär gescheitert](#) FAZ vom 04. August 2014, abgerufen am 21.06.2017

9. ↑ [Der Autobahn-Klau](#) Taz.de vom 05. Januar 2013, abgerufen am 21.06.2017
10. ↑ [Der verkaufte Staat](#) Welt.de vom 09. Februar 2014, abgerufen am 21.06.2017
11. ↑ [Betreiber trägt das Risiko für zu wenig Verkehr](#), lto.de vom 07.09.2018], abgerufen am 10.09.2018
12. ↑ [Autobahnbetreiber scheitert mit Klage](#), sueddeutsche.de vom 07.09.2018
13. ↑ [Die neue Reichtumsmaschine - 01.02.2012](#) jungewelt.de, letzter Zugriff am 06.03.2012
14. ↑ [Geheimhaltung - der Nährboden für PPP](#) ppp-irrweg.de, letzter Zugriff am 06.03.2012

EUTOP

Die **EUTOP International GmbH** ist eine [Lobby-Agentur](#), die 1990 von [Klemens Joos](#) gegründet wurde.

Die Firma nutzt gerne ehemalige Politiker als Türöffner für ihre Lobbyarbeit. Es gab wiederholt Berichte über fragwürdige Lobby-Methoden.

Die Interessenvertretung wird von den vier EUTOP-Gesellschaften (EUTOP Europe GmbH, EUTOP International GmbH, EUTOP Berlin GmbH und EUTOP Brussels SRL) selbst betrieben oder in Auftrag gegeben. Auftragnehmer sind EUTOP-Schwestergesellschaften und sog. Strukturelle Berater. In München befindet sich die Hauptverwaltung der EUTOP Group. Hier haben neben der Geschäftsführung auch die Corporate Services und die administrativen Bereiche von EUTOP ihren Sitz. Über den [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) ist Firmengründer Joos mit der [CSU](#) gut vernetzt. Für die "Prozessoptimierung zwischen bayerischer Wirtschaft und EU-Institutionen" wurde Joos 2019 der Bayerische Verdienstorden verliehen.

EUTOP International GmbH



Rechtsf GmbH

orm

Tätigke Lobbyagentur, die die Interessen von

itsberei Unternehmen und Verbänden in

ch Brüssel vertritt

Gründu 1990

ngsdat

um

Hauptsit München, Denninger Straße 15

tz

Lobbyb

üro

Lobbyb Brüssel, Rue d'Arlon 15

üro EU

Webadr eutop.com

esse

Inhaltsverzeichnis

1 Klemens Joos: Gründer, langjähriger Geschäftsführer und Vorsitzender des Beirats	11
2 Lobbystrategien und Personal	12
3 Angaben zur Lobbytätigkeit im Lobbyregister und EU Transparenzregister	12
3.1 Lobbyregister	12
3.2 EU Transparenzregister	13
4 Organisationsstruktur und Personal	13
4.1 Geschäftsführung	14
4.2 Advisory Board / Beirat	14
4.3 Direktoren	14
4.4 Senior Consultants	14
4.5 Strukturelle Berater	14
4.6 Ehemalige Mitarbeiter	15
5 Fallbeispiele	15
5.1 2016: Ministererlaubnis zur Fusion von Edeka und Kaiser's Tengelmann	15

5.2 2009: Vermittlung von Honorarrednern	16
5.3 2006: FDP-Parteisponsoring-Affäre	16
6 EUTOP-Artikel bei LobbyControl	16
7 Weitere Informationen	16
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	17
9 Einzelnachweise	17

Klemens Joos: Gründer, langjähriger Geschäftsführer und Vorsitzender des Beirats

Klemens Joos kommt aus dem **CSU**- Umfeld und gehörte früher dem Vorstand der Jungen Union in Bayern an. Laut „Augsburger Allgemeine“ baute er sich ein Netz aus Jung-Unionisten auf, die er zum Teil für seine Firma arbeiten ließ.^[1] Die Idee: Aus den Talenten werden eines Tages Kandidaten für die Parlamente. Joos ist Mitglied des Präsidiums des **Wirtschaftsbeirat Bayern**, dem auch mehrere Präsidiumsmitglieder der CSU angehören, was die Lobbyarbeit in Bayern und in Brüssel erleichtert. So ist **Angelika Niebler**, Präsidentin und Vorsitzende des Forums Brüssel des **Wirtschaftsbeirat Bayern**, Europaabgeordnete und Stellv. Parteivorsitzende der CSU. In den Jahren 1998, 1999 und 2002 erhielten CDU und CSU von EUTOP **Parteispenden** in Höhe von insgesamt rund 75.000 Euro bzw. 77.000 Euro.^[2] **Hendrik Wüst** (CDU), seit 2021 Ministerpräsident des Landes NRW, war von 2002-2005 bei EUTOP tätig, zunächst als Referendar, ab 2004 als Syndikus. **Theo Waigel** (CSU), der von EUTOP zu hohen Honoraren als Redner vermittelt worden ist^[3], beschrieb die Lobbytätigkeit von Joos in „30 Jahre EUTOP“ wie folgt: „Aus der Politik heraus, die Klemens Joos in der Jungen Union kennenlernte, kam die Leidenschaft für die Politik, aber auch die Erkenntnis, nicht von der Politik, sondern für die Politik zu leben“. ^[4] 2019 wurde Joos vom bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU), der ihn seit der Schüler-Union und der gemeinsamen Zeit im bayerischen Vorstand der Jungen Union kennt^[5], der Bayerische Verdienstorden verliehen. Begründung: Joos habe sich als geschäftsführender Gesellschafter einer Unternehmensgruppe "die Prozessoptimierung zwischen bayerischer Wirtschaft und EU-Institutionen" auf die Fahnen geschrieben.^[6] Der Orden ist für hervorragende Verdienste um den Freistaat Bayern und das bayerische Volk geschaffen worden.

Nach der Gründung der EUTOP promovierte Joos zum Thema: "Interessenvertretung deutscher Unternehmen bei den Institutionen der Europäischen Union". Bis 2021 war er als Lehrbeauftragter an der LMU München für das Aufgabengebiet "Convincing Political Stakeholders" tätig. Seit 2021 ist er Lehrbeauftragter an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität München (TUM) für das Aufgabengebiet „Management of Relationships to Political Stakeholders“. Im Februar 2022 hat die Technische Universität München (TUM) Joos zum Honorarprofessor für Stakeholder Management (einer Umschreibung für Lobbyismus) bestellt. Die Begründung; „Mit Dr. Joos leisten wir an der TUM School of Management wichtige Pionierarbeit auf diesem Gebiet“.^[7]

EUTOP ist ein Teil des Firmengeflechts von Joos. Zu diesem gehörten außerdem die **EUTOP Speaker Agency**, die u.a. Vorträge für Politiker vermittelte, und das ehemalige Internetportal **polixea** (vorher: politikerscreen). Polixea präsentierte sich als Informationsdienst für Politik samt einer speziellen Suchmaschine für politische Inhalte. Die Suchmaschine war zeitweise auf den Webseiten verschiedener Parteien, Abgeordneter und sogar Ministerien eingebunden. Kooperationen mit dem **ZDF** und mit **Focus**

stärkten die Glaubwürdigkeit. Unklar ist, ob polixea auch den Kunden von EUTOP zugute kam. LobbyControl äußert den Verdacht, dass es sich bei polixea um eine deutsche Form des "Journo-Lobbying" handeln, also die Nutzung vermeintlich journalistischer Informationsangebote für Lobby-Strategien.^[8] Auf jeden Fall bot die Plattform die Möglichkeit, Politiker zu Gastbeiträgen einzuladen und darüber mit ihnen in Kontakt zu treten. Zudem gab es Überschneidungen zwischen den Kunden von EUTOP und politikerscreen.^[9] (siehe Fallbeispiele).

Die Firmen von Joos sind in der [EUXEA Holding](#) gebündelt, einer Unternehmensgruppe mit 18 Gesellschaften. Deren Schwerpunkt liegt in den folgenden Bereichen: Perspective Change, Governmental Relations, Real Estate sowie Services und Handwerk.

Lobbystrategien und Personal

Auf seiner Webseite wirbt EUTOP gegenüber potentiellen Kunden damit, diverse Kontakte mit Entscheidungsträgern der Legislative und Exekutive in allen EU-Mitgliedsstaaten aufgebaut zu haben.^[10] Auf diese Weise unterstütze die Organisation ihre Kunden effektiv und effizient dabei, ihre Anliegen in die Entscheidungsprozesse in Brüssel und in den Mitgliedstaaten der EU einzubringen. EUTOP warb dazu u.a. wiederholt ehemalige Politiker an, die ihre Kontakte und ihr politisches Insider-Wissen mitbringen. EUTOP-Mitarbeiter haben fundierte Berufserfahrung im politischen Umfeld, zum Beispiel aufgrund früherer haupt- und ehrenamtlicher Tätigkeiten in Parlamenten, Regierungen oder Parteien in Deutschland, in anderen EU-Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene sowie bei global agierenden Unternehmen.^[11] Die Lobbyarbeit wird von mehr als 150 Mitarbeitern und sog. Strukturellem Beratern betrieben, darunter ehemalige Spitzen der Legislative und Exekutive sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus mehreren EU-Mitgliedstaaten. 2015 wurde bekannt, dass die CDU seit 2013 9 Lobbyist:innen von EUTOP mit Bundestagshausausweisen Zugang zum Parlament verschafft hatte.^[12] Der Journalist Hans-Martin Tillack wertete Anfang 2017 interne Dokumente des Wirtschaftsministeriums aus und gewährt somit Einblick über die Lobbystrategien von EUTOP, insbesondere deren Zusammenarbeit mit Behörden.^[13]

Angaben zur Lobbytätigkeit im Lobbyregister und EU Transparenzregister

Lobbyregister

Im [deutschen Lobbyregister](#) machen die EUTOP-Gesellschaften Angaben zur Lobbyarbeit im Jahr 2023 (Stand: 02.07.2024). Nach den neuen Lobbyregeln lässt sich nun deutlich besser nachvollziehen, welche der Ex-Politiker für welche Unternehmen tätig sind. Laut Recherchen von LobbyControl finden sich im neuen Eintrag von EUTOP im Lobbyregister jedoch Ungereimtheiten, unkonkrete Angaben und viele offene Fragen.^[14]

EUTOP Europe GmbH (Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst sowie durch die Beauftragung weiterer Dritter wahrgenommen)

- Ausgaben für Lobbyarbeit: 2.270.001 bis 2.280.000 Euro
- Zahl der Lobbyist:innen: 2,28 Vollzeitäquivalent
- Mitgliedschaften: keine

Die Regelungsvorhaben, Kunden und eingesetzten Personen finden sich im Lobbyregister

EUTOP International GmbH (Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst sowie durch die Beauftragung weiterer Dritter wahrgenommen)

- Ausgaben für Lobbyarbeit: 910.001 bis 920.000 Euro
- Zahl der Lobbyist:innen: 1,01 Vollzeitäquivalent
- Mitgliedschaften: Institut der Regionen Europas, [Wirtschaftsrat der CDU](#), [Wirtschaftsforum der SPD](#), [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)

Die Regelungsvorhaben, Kunden und eingesetzten Personen finden sich im Lobbyregister

EUTOP Berlin GmbH (Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst wahrgenommen)

- Ausgaben für Lobbyarbeit: 480.001 bis 490.000 Euro
- Zahl der Lobbyist:innen: 2,19 Vollzeitäquivalent
- Mitgliedschaften: de'ge'pol -Deutsche Gesellschaft für Politikberatung, Europäische Bewegung Deutschland

Nach den Registerangaben arbeitete die EUTOP Berlin GmbH 2022 ausschließllich für die drei EUTOP-Unternehmen EUTOP Europe GmbH, EUTOP International GmbH und EUTOP Brussels SRL

EUTOP Brussels SRL (Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst sowie durch die Beauftragung weiterer Dritter wahrgenommen)

- Ausgaben für Lobbyarbeit: 80.001 bis 90.000 Euro
- Zahl der Lobbyist:innen: 1 Vollzeitäquivalent
- Mitgliedschaften: [European Policy Centre](#)

Nach den Registerangaben arbeitete die EUTOP Brussels SRL 220 ausschließllich für British-American Tobacco (BAT) sowie zwei EUTOP-Unternehmen

EU Transparenzregister

Auch im europäischen Transparenzregister ist EUTOP eingetragen. Dort hat [EUTOP Europe GmbH](#) (Stand: 23.05.2025) für das Jahr 2023 5.650.000 Euro Lobbyausgaben und 42 beschäftigte Lobbyist:innen (im Vollzeitäquivalent 19,8) angegeben. Nach den Registerangaben arbeitete EUTOP u.a. für AMADEUS IT Group, AlzChem, Apeel Technology, BMW. Group, Bayer und British American Tobacco

EUTOP Europe GmbH ist Mitglied im [European Policy Centre](#).

Organisationsstruktur und Personal

Die Holdinggesellschaft der EUTOP Group ist die EUTOP International GmbH, München, mit den Tochtergesellschaften EUTOP Europe GmbH, EUTOP Brussels SRL, EUTOP Administration GmbH und EUTOP Trademark GmbH^[15] Neben der Zentrale in München unterhält EUTOP Büros in Brüssel, Frankfurt, Berlin, Düsseldorf, Paris, Madrid, Rom, Wien, Budapest, Prag und Kopenhagen. Das EUTOP-Team besteht aus rund 150 Personen. Neben den Mitarbeitern gehören dazu auch Strukturelle Berater. Die EUTOP International GmbH erzielte 2023 Umsatzerlöse in Höhe von 10,1 Mio. Euro; der Bilanzgewinn lag bei über 2 Mio.Euro.^[16] EUTOP International ist eine Tochtergesellschaft der EUXEA Holding GmbH, deren Geschäftsführender Gesellschafter Klemens Joos ist.

Geschäftsführung

Geschäftsführer sind:

- Klemens Joos
- Felix Dane, seit 05/2025 , EUTOP Brussels SRL
- Christian Schaufler, ehem. Büroleiter des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Mappus (CDU), ehem. Büroleiter der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
- Stefan Mappus
- Arne Leimenstoll

Advisory Board / Beirat

- Vorsitzender seit 05/2025 Rainer Wend^[17]

Direktoren

Die Direktoren sind [hier](#) abrufbar

Senior Consultants

Die Senior Consultants sind [hier](#) abrufbar

Strukturelle Berater

EUTOP bezeichnet selbständige Berater, die für das Unternehmen als Unterauftragnehmer tätig sind, als Strukturelle Berater. Darunter befinden sich viele ehemalige Spitzenpolitiker und Ex-Staatssekretäre. LobbyControl hat im Lobbyregister (Stand: 02.02.2025) die folgenden Unterauftragnehmer:innen aus Politik und Verwaltung identifiziert, die meist für mehrere der EUTOP-Kunden tätig waren.^[18]:

- Bernd Westphal. MdB (SPD) bis 03/2025
- Hans-Jürgen Thies, MdB (CDU) bis 03/2025
- Joachim Becker, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Gesundheit (BMG) bis 02/2024
- Ulrich Kelber, SPD-Bundestagsabgeordneter 2000-2019, 2013-2018 Parlamentarischer Staatssekretär im BM Justiz und Verbraucherschutz, Bundesbeauftragter für Datenschutz und die Informationsfreiheit 2019 - 07/2024
- Leo Dautzenberg, CDU-Bundestagsabgeordneter 1998-2011
- Volkmar Vogel, CDU-Bundestagsabgeordneter 2002-2021, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern 2020-2021
- TKM Consulting, Beratungsunternehmen von Martin Dörrmann, SPD-Bundestagsabgeordneter 2002-2017
- Ursula Heinen-Esser, CDU-Bundestagsabgeordnete 1998-2013, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium 2007-2013, Ministerin für Umwelt und Landwirtschaft in NRW 2018-2022
- Hans-Ulrich Krüger, SPD-Bundestagsabgeordneter 2002-2009 & 2013-2017
- Clemens Neumann, Abteilungsleiter im Bundeslandwirtschaftsministerium 2006-2019
- Ludwig Stiegler, SPD-Bundestagsabgeordneter 1980-2009

- Hans-Bernhard Beus, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium 2010-2013 und im Bundesministerium des Innern 2008-2010
- Alexander Pickart Alvaro, FDP-Europaabgeordneter 2004-2014, Vizepräsident des Europaparlaments 2011-2014
- Franz-Josef Lersch-Mense, SPD, NRW-Europa- und Medienminister im Bundeswirtschaftsministerium 2015-2017, Chef der Staatskanzlei NRW 2010-2017
- Uwe Beckmeyer (ExxonMobil), SPD, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium 2013-2018
- Wolfgang Herrmann (Bayer AG), Präsident der TU München 1995-2019
- Christine Scheel (Edeka), Grünen-Bundestagsabgordnete 1994-2013

Ehemalige Mitarbeiter

- [Hendrik Wüst](#) (CDU), seit 2021 Ministerpräsident des Landes NRW, war von 2002-2005 als Vorsitzender der Jungen Union NRW und Mitglied des Bundesvorstands der CDU bei EUTOP tätig, zunächst als Referendar, ab 2004 als Syndikus.^{[19][20]} Danach wurde er Generalsekretär der CDU NRW. Wüst war in die CDU-Parteitag Sponsoring-Affäre um [Jürgen Rüttgers](#) verwickelt, für die er die Verantwortung übernahm und daraufhin zurücktreten musste.

Fallbeispiele

2016: Ministererlaubnis zur Fusion von Edeka und Kaiser's Tengelmann

Die EUTOP war von [Edeka](#) beauftragt worden, sich in der Politik für eine Unterstützung der Fusion einzusetzen. Bei Kontakten zum [Bundeswirtschaftsministerium](#) kann sich EUTOP auf die Beziehungen ihres Geschäftsführers [Detlef Dauke](#) stützen, der bis Frühjahr 2015 Abteilungsleiter für Innovations-, IT- und Kommunikationspolitik im BMWi war.^[21] Zunächst hatte Wirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) entsprechende Kontakte bestritten, musste dann aber aufgrund einer parlamentarischen Anfrage zugeben, sich in der fraglichen Zeit mit Klemes Joos getroffen zu haben. Edeka verweigerte auf Nachfrage von Medien genauere Angaben über den Auftrag.^[22] Auch zu seinen Treffen mit den Chefs der Konzerne hatte der Minister zunächst falsche Angaben gemacht.^{[23][24]}

Im Sommer 2016 erlaubte Gabriel die vom Bundeskartellamt untersagte Fusion entgegen dem Votum der [Monopolkommission](#). Das OLG Düsseldorf setzte mit Beschluss vom 12. Juli 2016 die Ministererlaubnis im Eilverfahren außer Kraft und erhob gegenüber Gabriel den Vorwurf der Besorgnis der Befangenheit.^{[25][26]} Daraufhin reichte das Bundeswirtschaftsministerium gegen den Beschluss des OLG sowohl Nichtzulassungsbeschwerde als auch zulassungsfreie Rechtsbeschwerde zum BGH ein.^[27] Durch die Rücknahme der Beschwerden im Hauptverfahren wurde die Ministererlaubnis im Dezember 2016 rechtskräftig.

2009: Vermittlung von Honorarrednern

Spiegel Online veröffentlichte 2009 einen Artikel mit dem Titel: "Skandalkonzern: Lobbyfirma soll überhöhte Honorare an Politiker gezahlt haben - Telekom unter Druck". Darin heißt es EUTOP soll hochrangige Politiker jahrelang mit lukrativen Honoraren für Vorträge geködert haben, um sie an die Lobbyfirma zu binden. In dem Artikel wird die Telekom als Geldgeber genannt, wobei sich die Autoren auf Akten der Bonner Staatsanwaltschaft beziehen. EUTOP erhob Klage gegen den Artikel und erwirkte, dass er wegen angeblichen Falschbehauptungen aus dem Netz genommen werden musste, ebenso wie Verweise auf den Bericht. Eine Kopie ist allerdings auf Wikileaks zu finden^[28].

Mehrere prominente Politiker wurden von der EUTOP Speaker Agency GmbH als Honorarredner vermittelt, u. a. der ehemalige Wirtschaftsminister **Michael Glos** (CSU), Ex-Arbeitsminister **Walter Riester** (SPD) sowie in den Jahren 2006 und 2007 der damalige FDP-Vorsitzende **Guido Westerwelle**^[29]. Dafür hat Westerwelle jeweils mehr als 7.000 Euro erhalten. Die genauen Zahlungen sind nicht bekannt, da die Nebeneinkünfte-Regeln des Deutschen Bundestages nur grob festgelegt und nach oben offen sind.

2006: FDP-Parteisponsoring-Affäre

Ein Beispiel für die Überschneidungen der Inhalte von politikerscreen (später polixea) und den Interessen der EUTOP-Kunden, ist ein Gastbeitrag des damaligen FDP-Vorsitzenden **Guido Westerwelle** im September 2006 über die Änderung des Telekommunikationsgesetzes. Darin argumentierte er gegen eine weitreichende Regulierung des neuen VDSL-Breitbandnetzes der Deutschen Telekom. Das half der Deutschen Telekom bei der Frage, ob sie das neue Breitbandnetz ungeschützt von Konkurrenz einführen könne. Die Telekom-Tochtergesellschaft T-Online war währenddessen Kunde von EUTOP und hatte einen Content-Vertrag zur Abnahme von Inhalten der polixea^[30]. Kurz nach Westerwelles Beitrag flossen 100.000 Euro von der politikerscreen.de AG an die FDP. Im Oktober 2006 stellte die ProLogo GmbH, die das Sponsoring für die FDP abwickelte, der politikerscreen.de AG 6 Rechnungen über "Sponsorenbeiträge" für FDP-Veranstaltungen. Die 6 Rechnungen addierten sich genau auf 100.000 Euro. Laut Spiegel waren die Gegenleistungen der FDP gering: auf den Einladungen zu den Veranstaltungen sollte das Logo von politikerscreen erscheinen und bei den Veranstaltungen Flyer ausliegen. Auf Parteitagungen würden Sponsoren für geringere Summen große Messestände bekommen. Es kam der Verdacht auf, bei den Zuwendungen handle es sich um einer verdeckte Parteispende. Sponsoringzahlungen müssen von den Parteien nicht offen gelegt werden. Die Zahlungen an die FDP wurden nur durch einen Bericht des Spiegels im März 2010 öffentlich. Da war politikerscreen schon nicht mehr aktiv. Joos hatte polixea 2008 verkauft. Anschließend wurde polixea ein Angebot der trupoli AG. Kurze Zeit später wurde beides eingestellt^[31].

EUTOP-Artikel bei LobbyControl

- [Wie wirken die neuen Lobbyregister-Regeln? 05. August 2024](#)
- [Verteidigungsministerium soll Lobbyjob von Ex-Staatssekretär untersagen, 01. Dezember 2014](#)
- [Neue Parteisponsoring-Affäre bei der FDP?, 06. April 2010](#)
- [Eutop lässt Artikel entfernen, 16. Juni 2009](#)

Weitere Informationen

- [Eigendarstellung im EUTOP Magazin 2024](#)
- [30 Jahre EUTOP](#)

- [Agentur EUTOP - Wie ein Lobby-Riese mit dem Wirtschaftsministerium kooperiert Stern 28.03.2017](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Der Fall Nüsslein: von alten Seilschaften, Lobbyisten und der Gier nach Geld](#), augsburger-allgemeine.de vom 16.03.2021, abgerufen am 28.05.2022
2. ↑ [Pikanter Seitenwechsel: Vertrauter von Innenminister de Maziere wird Geschäftsführer einer Lobbyagentur](#), abgeordnetenwatch.de vom 25.11.2014, abgerufen am 28.05.2022
3. ↑ [Lobbyismus und Politik NRW](#), lokalkompass.de vom 06.10.2021, abgerufen am 28.05.2022
4. ↑ [EUTOP und die Europäische Union](#), eutop.com, abgerufen am 28.05.2022
5. ↑ [Polixea - wer es alles einbindet](#), sueddeutsche.de vom 19.12.2007, abgerufen am 26.05.2022
6. ↑ [Lindauer Zeitung Verdienstorden für Klemens Joos](#), pressreader.com, abgerufen am 26.05.2021
7. ↑ [Berufung der Woche](#), focus.de vom 18.02.2022
8. ↑ [Wer steckt hinter Polixea?](#) www.lobbycontrol.de vom 16.01.2008, abgerufen am 08.06.2022
9. ↑ [Der Spiegel 13/2010: Teure Broschüren](#), abgerufen am 15.05.2017.
10. ↑ [Your Partner for Governmental Relations](#), eutop.com, abgerufen am 24.02.2022
11. ↑ [30 Jahre EUTOP](#), dr-joos.eu, abgerufen am 25.02.2022
12. ↑ [Liste veröffentlicht: Diese Lobbyisten haben Zutritt zum Bundestag](#), abgeordnetenwatch.de vom 28.11.2015, abgerufen am 26.05.2021
13. ↑ [stern.de](#), Titel: Wie die Lobbyagentur EUTOP mit dem Wirtschaftsministerium kooperiert, von Hans-Martin Tillack
14. ↑ [Wie wirken die neuen Lobbyregister-Regeln?](#), lobbycontrol.de vom 05.08.2024, abgerufen am 23.08.2024
15. ↑ [EUTOP Group Status quo](#), eutop.com, abgerufen am 23.08.2024
16. ↑ [Jahresabschluss der EUTOP International GmbH zum 31. Dezember 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 24.08.2024
17. ↑ [Beirat](#) eutop.com, abgerufen am 23.05.2025
18. ↑ [Wie wirken die neuen Lobbyregister-Regeln?](#), lobbycontrol.de vom 05.08.2024, abgerufen am 23.08.2024
19. ↑ [Hendrik Wüst](#), land.nrw, abgerufen am 24.02.2022
20. ↑ [Daniel Goffart und Thomas Siegm: Klamme Parteien nerven die Wirtschaft](#), Handelsblatt vom 23.02.2010, abgerufen am 15.05.2017.
21. ↑ [Geschäftsführung](#), eutop.de, abgerufen am 15.05.2017
22. ↑ [Vize-Kanzler in der Kritik: Das dicke Fell des Sigmar Gabriel](#), Webseite des Bayerischen Rundfunks, 3. August 2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
23. ↑ [Tengelmann-Übernahme: Gabriels geheime Treffen mit dem Edeka-Chef](#), Der Spiegel, 28. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
24. ↑ [auf eine Parlamentarische Anfrage](#), Webseite des Bundestags, 25. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
25. ↑ [Pressemitteilung Nr. 25/2016 des OLG Düsseldorf](#), olg-duesseldorf.nrw.de, abgerufen am 16.05.2017
26. ↑ [Heribert Prantl: Richter als Politiker](#), sueddeutsche.de 05.08.2016, abgerufen am 15.05.2017

27. ↑ [Ministererlaubnis Edeka/Tengelmann: Bundeswirtschaftsministerium legt vollumfänglich Rechtsmittel ein](#), [juris.de](#), abgerufen am 15.05.2017
28. ↑ [Martin Reyher: Pikanter Seitenwechsel: Vertrauter von Innenminister de Maizière wird Geschäftsführer einer Lobbyagentur](#), [abgeordnetenwatch.de](#) vom 25.11.2014, abgerufen am 15.05.2017.
29. ↑ [Thorsten Denkler und Oliver Das Gupta: Westerwelle oder die Hand die nimmt](#), [Süddeutsche](#) vom 25.02.2010, abgerufen am 15.05.2017.
30. ↑ [Ulrich Müller: Neue Partesponsoring-Affäre bei der FDP](#), [Lobbycontrol](#) vom 6. April 2010, abgerufen am 15.05.2017.
31. ↑ [Der Spiegel 13/2010: Teure Broschüren](#), abgerufen am 15.05.2017.